

Vorname.....Zuname.....
Straße..... Haus Nr.....
PLZ..... Wohnort.....

LUGV
Regionalabteilung Ost
Genehmigungsverfahrenstelle
Müllroser Chaussee 50
15236 Frankfurt (Oder)

Ort, Datum

Einwendungen gemäß BImSchG AZ.: GO4912

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich erhebe gegen die Genehmigung bzw. den Bau der von Herrn Jörg Piprek, Landfarm GmbH Hohenstein, beantragten Hühnergeflügelmastanlage mit 150.000 Tieren auf dem Flurstück 14/1, Flur 5, in der Gemarkung Hohenstein folgende Einwendungen:

Die geplante Form der Massentierhaltung ist ohne den Einsatz von Antibiotika undenkbar. Die Ansteckungsgefahr so vieler Tiere auf relativ engem Raum ist dafür zu erheblich.

Es ist unbestreitbar belegt und entsprechende Untersuchungsergebnisse sind durch verschiedene Medien veröffentlicht, dass durch Antibiotikagaben bei Massentierhaltungen auch multiresistente Krankheitskeime entstehen. Ich befürchte, dass solche Keime auf unterschiedlichste Weise (zum Beispiel beim Kauf und Verzehr von Eiern, Fleisch oder Wurst) unerkannt von mir aufgenommen werden könnten. Bei bestimmten Erkrankungen könnten sie dann mir (oder meinen Kindern) erheblich schaden oder gar lebensgefährlich sein, weil es kaum noch wirksame Medikamente dagegen gibt. Dadurch fühle ich mich persönlich bedroht und bin gegen den Bau und Betrieb der Mastställe.

Ich weise darauf hin, dass Artikel 2 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes lautet:

„Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“

Außerdem dürfte es nicht nur für die Genehmigungsbehörde von Interesse sein, dass am 20.07.2012 Rechtsanwalt Dr. jur. Christian Sailer Verfassungsklage gegen bestimmte Formen der Massentierhaltung vor dem Bundesverfassungsgericht erhoben hat. Das Rechtsanliegen des Beschwerdeführers stützt sich auf eben dieses (oben zitierte) Grundrecht.

Dieses Grundrecht beinhaltet nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch die Verpflichtung des Staates, die Gesundheit seiner Bürger zu schützen.

Daher fordere ich die Genehmigungsbehörde auf,

1. sich über diese Klageschrift in allen Einzelheiten zu informieren.

2. jedwede Genehmigung von Mastställen auszusetzen, die nicht den Kriterien der unter den Punkten 1.1 bis 1.3 des in der Klageschrift enthaltenen Antrags entsprechen, bis zur Entscheidung in dieser Sache.

Zu befürchten ist eine erhebliche Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit, da durch den Betrieb der Anlage permanent verschiedene Schadstoffe in die Umwelt gelangen. Die Freisetzung gefährlicher Keime (MRSA/ESBL) wurde erst kürzlich im Umkreis vergleichbarer Anlagen dokumentiert.

Es bestehen erhebliche tierschutzrechtliche Fragen in Bezug auf das im Antrag aufgeführte normale, nur angeblich artgerechte Haltungsverfahren. Deshalb lehne ich ab, dass solche Mastställe gebaut werden.

Die Zahl der bestehenden und geplanten Mastställe in Ost-Brandenburg, ist für mich bereits jetzt schwindelerregend hoch. Ich habe die begründete Befürchtung, dass durch den entstehenden (und mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit verkeimten) Trockenkot, der in der Umwelt landet, die Gefahr der Ausbreitung von teilweise für Menschen sehr bedrohlichen Keimen weiter erhöht wird.

Ich weiß nicht, ob die außerdem damit verbundene Nitratbelastung der Böden und damit auch des Grundwassers für uns Bürger insgesamt nicht eine noch größere Gefahr darstellen. Für uns Bürger ist das, wie ich meine, eine nicht hinnehmbare bedrohliche Einschränkung der Lebensqualität, wenn kein einwandfreies Trinkwasser mehr zur Verfügung steht. Durch jeden neuen oder erweiterten Maststall werden die von mir genannten Probleme aber verschärft. Daher bin ich gegen den Bau der Anlage.

Des weiteren fordere ich ein detailliertes hydrologisches Gutachten um alle möglichen Stickstoffeinträge in das FFH - Gebiet 3450-302 Ruhlsdorfer Bruch zu evaluieren, dies ist Stand der Technik. Ich gehe davon aus, dass die Critical Loads für die meisten dort vorkommenden Lebensraumtypen bereits überschritten sind.

Ich bemängle die Bezeichnung „Masthähnchenstall“, es suggeriert, es würden ausschließlich Hähnchen, also männliche Hühner gemästet. Dieses entspricht nicht den Tatsachen. Die korrekte Bezeichnung ist „Hühnergeflügelmaststall“. Ich beantrage, dies entsprechend in den Bauunterlagen zu vermerken.

Ich wende ein, dass die Einhaltung der **Brandenburgischen Bauordnung** nicht gewährleistet ist, da insbesondere der erforderliche **Brandschutz** durch die geplanten baulichen Gegebenheiten nicht gesichert ist und eine zeitnahe Rettung des Geflügels im Brandfall nicht möglich ist.

Ich wende ein, dass die kommerzielle Massenhaltung von Geflügel in der geplanten Anlage in meinen Augen eine **Tierquälerei** nach § 2 Tierschutzgesetz und Artikel 20a GG darstellt. Sie sollte deshalb nicht genehmigt werden.

Obwohl in der noch nicht rechtskräftigen VDI Richtlinie 4250 große Abstände zu benachbarten Wohnbebauungen vorgesehen sind, um eine Gesundheitsgefährdung der Nachbarschaft zu minimieren, ist hier eine Hühnergeflügelmastanlage in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer Wohnbebauung geplant. Dies ist nicht nachvollziehbar und käme einer vorsätzlichen Körperverletzung gleich. Ich fordere, dass die Mindestabstände der VDI Richtlinie 4250 eingehalten werden. Die Hühnergeflügelmastanlage sollte so nicht genehmigt werden.

Ich beantrage hiermit, dass die Weitergabe meiner personenbezogenen Daten an Dritte nur mit meinem Einverständnis geschieht. Insbesondere soll gegenüber dem Antragsteller eine Anonymisierung meiner personenbezogenen Daten erfolgen. Ich bitte Sie, mir dies schriftlich zusammen mit dem Eingang meiner Einwendungen zu bestätigen. Ich halte es für dringend geboten, mir die Möglichkeit zu geben, weitere Fragen und Zweifel beim Erörterungstermin vorzutragen und bitte um die Zusendung des Wortprotokolls nach Abschluss des Erörterungstermins, dessen Erstellung ich hiermit beantrage. Im Falle einer Genehmigung der Hähnchenmastanlage, bitte ich um die Zustellung eines Duplikats des Genehmigungsbescheides vorbehaltlich weiterer Schritte.

Zudem ermächtige ich die BI Hohenstein, meine Interessen beim Erörterungstermin zu vertreten.

Im Übrigen schließe ich mich voll inhaltlich allen anderen Einwendungen in diesem Verfahren an.

Ich beantrage hiermit, dass die Weitergabe meiner personenbezogener Daten, insbesondere an den Antragsteller, nicht erfolgt.

Ich bitte Sie, mir diesen Antrag umgehend zu bescheiden.

Ort.....

Datum.....

Mit freundlichem Gruß

Unterschrift